



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 039 890

P/IX/29~~4~~ - 28.12.1954

Verworrenes Interview

sp Ein Politiker, der jahraus und jahrein seine Ansichten in Interviews zu vertreten gezwungen ist, wird nicht immer nur goldene Worte zu bieten haben. Das gilt auch für den Bundeskanzler, zumal bei seiner ausgesprochenen Vorliebe für Interviews. Aber in seinem jüngsten Erzeugnis dieser Art, das er der amerikanischen Wochenschrift "U.S. News & World Report" gegeben hat, begnügte sich der Kanzler nun keineswegs mit dem Verzicht auf solche goldenen Worte. Er legte vielmehr darüber hinaus eine gedankliche Verworrenheit an den Tag, die Unruhe auslösen muss.

Dr. Adenauer hat bei dieser Gelegenheit zunächst einmal erklärt - wobei wir uns auf den Text von UP stützen - dass das Risiko für ein Wiederaufleben des deutschen Militarismus verschwindend gering sei, da die geplante deutsche Armee von amerikanischen Waffen abhängig sein werde. Der Kanzler stellt also, wenn der Satz überhaupt einen Sinn haben soll, die These auf, dass der Militarismus und insbesondere der deutsche, von der Zahl und der Art der den Streitkräften zur Verfügung stehenden Waffen abhängig sei - eine äusserst kühne Behauptung, die die Bedeutung des Geistes und der Gesinnung für das Entstehen eines Militarismus gefährlich unterschätzt, wenn nicht gänzlich übersieht.

Wieviel Mangel an Logik, wieviel Widersinn liegt aber vor allem darin, dass der Kanzler in einer amerikanischen Zeitschrift ganz offensichtlich die künftigen deutschen Streitkräfte in der Zuteilung von Waffen kurz gehalten wissen will (von der ungeheuren Gefährlichkeit einer solchen Absicht für den künftigen deutschen Soldaten einmal abgesehen), in der Bundesrepublik aber den Eindruck erwecken sucht, dass an dieser, durch begrenzte Bewaffnung kontrollierter deutschen Hilfstruppe (vergleichbar einer schimacnnden Wehr mit Rostansatz) die Sicherheit Westdeutschlands, wenn nicht ganz Westeuropas hängt.

An einer anderen Stelle desselben Interviews hat der Kanzler dann

die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion in absehbarer Zeit angedeutet. Gleichzeitig hat er aber erklärt, dass "alle kommunistischen Regierungen eine begrenzte Lebenszeit haben, weil sie widernatürlich sind und nur mit Gewalt an der Macht bleiben können".

Dass ein amtierender Regierungschef derselben ausländischen Macht, der er soeben die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen angekündigt hat, in gleichen Atemzug verwirft, sie sei "widernatürlich" und ihr voraussagt, ihre Lebensdauer werde nur noch begrenzt sein, ist so ungewöhnlich, dass es einfach unglaublich wirkt. Es sei denn, man erklärt diesen Widerspruch mit dem Wunsch des Kanzlers, dass sein Angebot von dem, an den es gerichtet ist, nicht ernst genommen werde. Dann aber hätte weniger Mangel an Logik als Mangel an Aufrichtigkeit bei diesem Interview Pate gestanden.

+ + +
lockendes Ziel

-rt.- "Nach den Schulbestimmungen des Konkordates muss der Unterricht in sämtlichen Lehranstalten nach den dogmatischen und moralischen Prinzipien der katholischen Religion durchgeführt werden. Die Bischöfe haben das Recht zur Überwachung der Schule hinsichtlich der Reinheit des Glaubens, der guten Sitten und der religiösen Erziehung. Sie können auch verlangen, dass im Widerspruch zur Moral und zum Dogma stehende Schulbücher nicht zugelassen oder zurückgezogen werden. Der Staat garantiert der Unterricht in der katholischen Religionslehre als ordentliches Pflichtfach in allen Schularten. Die Bestimmungen über die Durchführung des Religionsunterrichtes sind sehr eingehend. Die Kirche hat grossen Einfluss auf die Auswahl und Ausbildung der Laien, die als Lehrer Religionsunterricht erteilen. An den höheren Lehranstalten macht der Bischof der Schulverwaltung die Vorschläge für die Auswahl der Religionslehrer."

Diese Sätze sind der Weihnachtsnummer des katholischen Wochenblattes "Echo der Zeit" entnommen. Sie geben die Bestimmungen der Artikel 26 und 27 des Konkordats wieder, das der Vatikan am 27. August 1953 mit Franco-Spanien abgeschlossen hat. Der Bericht des katholischen Wochenblattes trägt den Titel "Spanien an der Jahreswende" und befasst sich im wesentlichen mit den Beziehungen zwischen Spanien und der Bundesrepublik. Es ist also einigermassen unerfindlich, was in diesem Rahmen die langen und mit keinem Worte kommentierten Ausführungen des "Echo der Zeit" über die Schulbestimmungen des parisischen Konkordates zu suchen haben. Es sei denn, man hätte den erstaunten Lesern sozusagen als "lockendes Ziel" zeigen wollen, was die katholische Kirche auf diesem Gebiet in Spanien erreicht hat.

Togliatti hat Sorgen

PE - Rom, Ende Dezember

In diesen Tagen findet in Rom eine Nationalkonferenz der kommunistischen Partei Italiens statt, und man geht kaum fehl in der Annahme, dass diese Konferenz als Ersatz für einen richtiggehenden Parteikongress gedacht ist. Ein solcher Kongress, bei dem die "Basis", also der einfache Arbeiter, Gelegenheit fände, seine Stimme zu erheben, ist zwar schon seit einer Weile fällig, doch scheut die Parteileitung offenbar davor zurück, ihn im jetzigen Augenblick einzuberufen.

Denn Togliatti hat ohne Zweifel heute ganz erhebliche Sorgen. Noch vor ein paar Monaten sah es so aus, als sei die kommunistische Flut in Italien in unaufhaltsamem Ansteigen; in allerjüngster Zeit aber hat sich eine neue Entwicklung angebahnt, die die Siegesgewissheit Togliattis und seines Generalstabes erheblich zu dämpfen geeignet ist.

Durch Skandalaffären in der letzten Zeit ist der Mythos stark beschädigt worden, den die Kommunisten bisher um sich verbreitet hatten, der Mythos nämlich, wonach sie - und sie allein - die unbestechlichen "Männer mit den sauberen Händen" seien. So haben sich Dutzende von vorwiegend kommunistischen Bürgermeistern und Gemeinderäten von einem Grossunternehmen bestechen lassen. Die staatlichen Justizbehörden haben in dieser Affäre schonungslos durchgegriffen und keinerlei Rücksicht darauf genommen, dass auch etliche christlich-demokratische Persönlichkeiten in den Skandal verwickelt waren und mit unter die Räder gerieten.

Zum Teil als Reflex dieser kompromittierenden Enthüllungen, zum Teil aber bereits vor deren Bekanntwerden hat sich in ganz Italien eine deutliche Abkehr der Industriearbeiterschaft von der kommunistisch beherrschten Gewerkschaftsorganisation CGIL geltend gemacht. Immer wieder erzielen bei den da und dort stattfindenden Betriebswahlen die freien Gewerkschaften überraschende Erfolge. Teils büsst die CGIL ihre bisherige Mehrheit in den Betriebsräten überhaupt ein, teils reduziert sich diese Mehrheit in einschneidender Weise. So eröffnet sich jetzt zum ersten Mal die Möglichkeit, dass der kommunistische Terror, den die CGIL in einer grossen Zahl von Betrieben gegen alle Andersdenkenden ausübt, auf legale Weise von innen heraus gebrochen werden könnte. Damit aber würde der KP

Italiens eines ihrer gefährlichsten Machtmittel aus der Hand geschlagen werden.

Nicht geringes Kopferbrechen muss dem Parteidirektorium auch die stetige Verschiebung zugunsten der Nenni-Sozialisten verursachen, die sich beinahe bei allen Gemeindewahlen der jüngsten Zeit geltend gemacht hat. Wohl hat die Partei Nenni bisher stets mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht und die Moskauer Parteilinie aussen- wie innenpolitisch mit demselben Eifer verfochten wie die Kommunistische Partei selbst. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob der Minderwertigkeitskomplex, unter dem Nenni und seine Leute bisher gegenüber den Kommunisten gelitten haben, nicht mit dem Anwachsen der sozialistischen Wählerstimmen rapid abnehmen wird.

Ohne die verlässliche Schützenhilfe der Nenni-Sozialisten aber wären die Kommunisten kaum mehr ein ernst zu nehmender Faktor im politischen Leben Italiens. Das weiss Togliatti sehr genau, und so fürchtet er nichts mehr, als die Möglichkeit, dass Nenni, durch Wahlerfolge ermutigt, eines Tages den Weg in das Lager der Demokratie zurückfinden könnte.

Aber auch innerhalb der obersten KP-Hierarchie scheint nicht alles so zu sein, wie es nach aussen hin einstweilen noch den Anschein hat. Der latente Kontrast zwischen "Harten" und "Weichen", zwischen den radikalen Fanatikern der jüngeren kommunistischen Führungsschicht und den Älteren, in Moskau geschulten Parteibürokraten, hat in jüngster Zeit an Schärfe zugenommen. Insbesondere jene Männer, die aus der "resistenza" der italienischen Bürgerkriegszeit hervorgegangen sind, missbilligen immer offener das Bestreben Togliattis, die Partei demokratisch zu tarnen und ihren revolutionären Charakter möglichst wenig hervortreten zu lassen. Ohne Zweifel hat in der strengen Parteidisziplin eine erhebliche Lockerung stattgefunden, und die innere Opposition wagt sich nunmehr offener hervor, seit in Moskau neben dem "Deviationismus" ein völlig neues Delikt aufgetaucht ist, das sich "Personalismus" nennt.

So hat es Togliatti diesmal nicht mehr so leicht wie früher, sich noch einmal gegen die streitbaren Hitzköpfe durchzusetzen, die lieber heute als morgen das Banner der Weltrevolution entrollen möchten und damit, wie Togliatti nur zu genau weiss, nichts anderes herbeiführen würden als eine vernichtende Niederlage des italienischen Kommunismus.

Vorbereitung auf die Illegalität

Kollektives Führungsprinzip nun auch in der KP

sp. Künftig wird es in der Kommunistischen Partei Westdeutschlands keinen Parteivorsitzenden mehr geben. Die Führung der KP übernimmt ein mehr oder weniger anonymes Gremium. Es erteilt seine Weisungen einem Generalsekretär, der selbst keine politische Führungsfunktion ausüben wird. Mit dieser inneren Reorganisation an der Spitze folgt die westdeutsche KP den Veränderungen, die sich in Moskau seit dem Tode Stalins und im ganzen Satellitenbereich des Ostblocks vollzogen haben. An die Stelle des allgewaltigen Generalsekretärs, der oft in seiner Person auch die Leitung der Partei vereinigte, trat ein sorgfältig ausgewähltes Mehr-Männerkollegium, in dem kein Mitglied eine bevorzugte und durch ausserordentliche Machtfülle ausgestattete Stelle einnimmt.

Aber auch in ihrer neuen Form wird die westdeutsche KP bleiben, was sie von ihrem Ursprung her war und ist: ein williges Werkzeug Moskaus, der nach Westdeutschland hineinreichende Arm des Kreml. Sie lebt nicht aus sich selbst heraus, nicht von der Kraft ihrer dünn gesäten Anhänger, sie ist als Schöpfung Moskaus von seiner Gnade und seinem Wohlwollen abhängig. Eine KP ohne den stärkenden Rückhalt der Sowjetunion wäre vom westdeutschen Boden schon längst entschwunden; in der Ostzone selbst kann sie sich nur noch mit Hilfe der sowjetischen Bajonette halten.

Von der auf dem Hamburger Parteitag vollzogenen Gleichschaltung mit Methode und Praxis der kommunistischen Partei anderer Länder mag sich die westdeutsche KP eine Stärkung versprechen. Bei den Pankower Machthabern gilt der gegenwärtige Vorsitzende Reimann, der sich seit seiner Flucht in der sowjetischen Besatzungszone aufhält, schon seit Jahren als glatter Versager. Von ihm verlangten die sowjetischen Auftraggeber etwas Unmögliches, sozusagen die Quadratur des Kreises: Seine Partei sollte zündende kommunistische Werbeparolen in ein Volk tragen, das wie kein anderes in Europa die Wirkungen kommunistischer Politik am eigenen Leibe erfahren hat. Die Kommunistische Partei führt in der Bundesrepublik ein Dasein am Rande, sie steht ausserhalb der Nation, sie kann weder durch taktische Winkelzüge, noch durch gnadenlose Selbstkritik, noch durch einen Wechsel in der Führungsgarnitur über die für

SPD-Pressedienst

F/IX/293

- 6 -

28.12.1954

sie unübersteigbare Hürde hinwegkommen, die darin besteht, dass der deutsche Arbeiter über die Sozialdemokratie den Weg zum eigenen Volk zurückgefunden hat.

Über der westdeutschen KP schwebt das Damoklesschwert eines möglichen Verbotes durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Auch das mag für die Reorganisation der KP eine Rolle gespielt haben. Sicherlich lässt sich von einem im Dunkel wirkenden Führungsgremium die konspirative Tätigkeit, auf die man sich nun einzustellen beginnt, leichter durchführen, ja, sie ist vom Standpunkt der KP aus gesehen, der öffentlichen und darum leichter zu kontrollierenden Wirksamkeit vorzuziehen. Die tödliche Schwäche aber, an der die KP leidet, wird auch durch eine Umstellung auf die Untergrundarbeit freilich nicht zu beheben sein.

+ + +

SPD - eine geschlossene und aufsteigende Partei

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, veröffentlicht im "Neuen Vorwärts" einen Artikel für den Jahresbeginn, dem wir die folgenden Schlussabsätze entnehmen.

Die Sozialdemokratische Partei geht in das Kampfsjahr 1955 als eine geschlossene und aufsteigende Partei. Unser Parteitag in Berlin hat die innere Stärke der Partei bewiesen. Wir haben die brennenden innen- und aussenpolitischen Probleme in aller Offenheit und in aller Öffentlichkeit diskutiert. Es gab Meinungsverschiedenheiten auf innen- und aussenpolitischem Gebiet, aber in allen entscheidenden Fragen wurden die Richtlinien für die Politik der Partei entweder einstimmig oder mit eindeutigen Mehrheiten beschlossen. Es ist ein Beweis für die Güte der getroffenen Entscheidungen, dass sie heute - am Ende des Jahres - immer noch als eine zutreffende Analyse der innen- und aussenpolitischen Situation und als eine gültige Richtlinie für die Politik der Partei angesehen werden können.

In meinem Schlusswort auf dem Parteitag habe ich der Gewissheit Ausdruck gegeben, dass die Partei die Linie ihrer Aufwärtsentwicklung, die sie unmittelbar nach den Bundestagswahlen mit den Wahlen in Hamburg und dann in diesem Jahr mit den Wahlen in Nordrhein-Westfalen angedeutet hatte, fortsetzen werde. Das ist geschehen. Die Wahlergebnisse in

- 7 -

SPD-Pressedienst

P/IX/293

- 7 -

28.12.1954

Schleswig-Holstein, in Hessen, in Bayern und in Berlin haben es bestätigt. Das letzte Wahlergebnis, das von Berlin, war das eindrucksvollste. Berlin bleibt mit einer sozialdemokratischen Mehrheit im Abgeordnetenhaus ein Vorposten der Freiheit der Welt. Aber auch die anderen Landtagswahlen bestätigen nachdrücklich das wachsende Gewicht der Sozialdemokratie, vor allem in den Gebieten und bei den Wählerschichten, die bisher der Sozialdemokratie verschlossen schienen.

Wir sind im erfolgreichen Angriff auf die 30-Prozent-Grenze, die von unseren Gegnern, vor allem nach dem 6. September 1953, als unüberwindliches Hindernis hingestellt wurde. In dieser Tatsache liegt die entscheidende Erklärung für die Auflockerung der innenpolitischen Fronten, die nach diesen Landtagswahlen sich ankündigt. Hier gilt es nachzustossen, nicht nur in kommenden Wahlkämpfen wie in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, sondern auch in der dauernden politischen Aktivität der Partei auf allen Gebieten ihrer Wirksamkeit.

Wir können in das neue Jahr ^{gehen} mit dem Bewusstsein unserer wachsenden Stärke und der wachsenden Einsicht der grossen Masse der Bevölkerung, in die vernünftige innen- und aussenpolitische Konzeption der sozialdemokratischen Partei. Wir wissen nicht, vor welche Entwicklungen uns das neue Jahr stellen wird, aber eines ist gewiss: Unser Denken und Handeln in den kommenden Monaten wird immer entscheidend bestimmt werden durch die Verbundenheit mit den achtzehn Millionen unserer Landsleute in der sowjetisch besetzten Zone. Die Wendung ihres Schicksals zu einem Leben ohne Furcht und ohne Not, durch die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit, bleibt das vornehmste Anliegen der Politik der sozialdemokratischen Partei.

In einer solchen Politik erfüllen sich die besten Elemente des Denkens und Fühlens der Menschen in der freien sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Wir stehen an der Seite der Schwachen und Bedrängten. Wir kämpfen um Menschlichkeit und Gerechtigkeit. Wir vertreten den Anspruch eines jeden Volkes auf seine staatliche und nationale Einheit. Und indem wir für diese Ziele wirken, dienen wir gleichzeitig der höheren Verpflichtung, der wir uns als demokratische und freiheitliche Sozialisten unterworfen haben: der Einheit, der Sicherheit und dem Frieden Europas und der freien Welt.

+ + +

Verantwortlich: Peter Faunsu